

Aktive Bürger Bornheim

Wir erobern unsere Stadt zurück!

Wir bitten unsere Positionen in der Berichterstattung zum Thema Flüchtlinge zu berücksichtigen:

Pressemitteilung:

Flüchtlingspolitik in Bornheim: Wir können nicht so weiter machen wie bisher. Das wäre unverantwortlich. Jetzt ist Schluss!

Nach Angabe der ABB streiten sich die Parteien auf der Bundesebene vortrefflich darüber, wie der Flut von Flüchtlingen und zunehmend auch reinen Wirtschaftsasylanten wirksam zu begegnen ist. Das praktische Ergebnis für Bornheim sei ernüchternd. Für Bornheim ändere sich nichts. Der Zustrom gehe unvermindert weiter.

Die ABB stellt folgendes fest:

- Der Zustrom von Flüchtlingen hält unvermindert an (aktuell 872 Personen, Stand 31.01.2016).
- Die anteiligen Kosten der Stadt zur Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge steigen ständig.
- Die Zuschüsse von Bund und Land NRW stagnieren bei 25 %.
- Die Probleme der Integration sind nicht gelöst (Wohnungen, Arbeitsplätze, Schulklassen, Kindergartenplätze etc.).
- Eine menschenwürdige Unterbringung in den Notunterkünften ist nicht mehr möglich (4-6 m² pro Person).
- Die Registrierung der Flüchtlinge erfolgt mitunter erst Monate nach der Einreise, die wirkliche Anzahl der sich in Deutschland aufhaltenden Flüchtlinge lässt sich nur noch grob schätzen.
- Abgelehnte Asylbewerber tauchen nach Ankündigung der Abschiebung unter.
- Teilweise tragen gewisse Flüchtlingshelfer durch fragwürdige „Rechts- und Gesundheitsberatung“ von Flüchtlingen mit amtlicher Abschiebungsanordnung und mit anschließender Vermittlung an „spezielle“ Ärzte und Psychologen dazu bei, die amtliche Abschiebung erfolgreich zu unterlaufen. (*3)
- Unsere „Sicherheitspolitik“ produziert ständig neue Flüchtlinge, weil wir uns an Kriegen durch Waffenlieferungen und direkte militärische Einmischungen beteiligen. (*5)
- Unsere Wirtschaftspolitik in unterentwickelten Ländern schafft dort keinen Wohlstand sondern zementiert die Armut. Qualifizierte Wirtschaftsasylanten die mangels Zukunftsperspektiven zu uns kommen tragen zur Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage in ihren Herkunftsländern bei. (*6)
- Unkluge und nicht einhaltbare öffentliche Versprechungen von Politikern (Merkel): „*Es gibt keine Obergrenzen*“ und „*Wir schaffen das*“ locken zusätzliche Flüchtlinge und Wirtschaftsasylanten an.

Nach Aussage der ABB habe man in der Vergangenheit das Thema Flüchtlinge kritisch und solidarisch begleitet:

- Der Wunsch einer Akteneinsicht, um uns einen Überblick über die tatsächliche Lage zu verschaffen, wurde uns rechtswidrig verweigert. (*9)
- Später wurden drei offizielle Anfragen im Sozialausschuss völlig unzureichend bzw. gar nicht beantwortet. (*10)
- Inzwischen werden bis auf wenige Ausnahmen alle Maßnahmen der Stadt durch sogenannte

Dringlichkeitsentscheidungen getroffen. 6 Fraktionsvorsitzende treffen sich im Bürgermeisterbüro zur interfraktionellen Besprechung und unterschreiben eine Vollmacht. Damit kann der Bürgermeister vollendete Tatsachen schaffen und Verträge abschließen. Diese Dringlichkeitsentscheidungen dürfen dann im zuständigen Ausschuss bzw. im Rat nur noch abgenickt werden. (*11)

- Wichtige Informationen erhalten in der Regel nur noch die Fraktionsvorsitzenden, die diese Informationen dann an die einzelnen Fraktionsmitglieder weiterleiten können oder auch nicht. Kritiker innerhalb der Fraktionen erhalten diese Infos nicht!
- Ausschreibungen von Bauleistungen (Container etc.) erfolgen nicht mehr. Die Hersteller schreiben die Kunden an und bitten um ein Angebot. Wettbewerb wird so weitgehend ausgeschaltet.
- Bürgerbeteiligung findet praktisch nicht mehr statt, die Öffentlichkeit wird erst über neue Standorte informiert, wenn die internen Planungen bereits weitgehend abgeschlossen sind. Von Bürgern vor Ort angebotene Ersatzgrundstücke werden nicht ernsthaft geprüft. Selbst Unterschriftenaktionen für einen besserer geeigneten Standort (Widdig, ca. 480 Unterschriften und Brenig) werden ignoriert. (*12)
- In den Tagesordnungen des Rates und der zuständigen Ausschüsse werden inzwischen die Flüchtlingsthemen unkonkret versteckt. So verbergen sich zum Beispiel unter dem nichts inhaltlich aussagenden Tagesordnungspunkt „Vergaben im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen“ mehrere Einzelmaßnahmen mit teilweise hohen finanziellen Belastungen für die Stadt. (*13)
- Über die tatsächlichen Kosten hüllt sich die Stadt weitgehend in Schweigen. Die Öffentlichkeit erfährt nicht, in welchem Umfang Gesamtkosten entstanden sind und in welcher Höhe diese von Bund und Land NRW erstattet wurden. Es wird nur noch in Prozent der Kosten geredet. Zitat aus einer Dokumentation der Stadt: „Kostenerstattung (ohne Abschreibung und Personal): 2014 ca. 40 %, (laut Aussage des Bürgermeisters (ASS vom 02.02.2016) aber nur 25 % !?)“ (*14)
- Alle wichtigen Entscheidungen werden im Rat und in den Ausschüssen nichtöffentlich behandelt. Es werden in erheblichem Umfang Kosten erzeugt, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden, obwohl keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Der Bürgermeister legt weitgehend willkürlich fest was öffentlich oder nichtöffentlich sein soll.
- Seit Beginn der Flüchtlingskrise schätzen wir die Gesamtkosten (Container, Festbauten, Grundstückskäufe, Kauf von Häusern, Mieten von Grundstücken und Wohnungen, Unterbringung in Hotels, Versorgung mit Nahrungsmitteln, Taschengeld, reguläre Zahlungen an anerkannte Flüchtlinge, Catering, Wachdienste, Verwaltungskosten, medizinische Versorgung etc.) auf ca. 10 Millionen €. Die Finanzierung erfolgt über Kredite. Die neuen Kassenkredite belaufen sich auf zusätzliche 14.239.900 € für 2015 (insgesamt **23.334.738 Millionen € für 2015**) und zusätzliche 9.090.000 € für 2016 (insgesamt **16.547.81 € für 2016**). Das ist schließlich kein Pappentier. Diese Kredite, auch wenn sie zur Zeit nur gering verzinst sind, müssen doch auch zurück gezahlt werden! Kosten spielen bei der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen offensichtlich keine Rolle mehr! (*15)
- Es hat sich inzwischen eine regelrechte „Asylindustrie“ gebildet (Schleuser, Schlauchboote, Wachdienste, Notunterkünfte, Wohncontainer etc.). So manche Immobilie oder Wohnung geht an die Kommunen, die auf dem freien Markt in aktuellen Zustand so gut wie keinen Käufer oder Mieter finden würde. Grundstücke müssen in der Not von den Kommunen zu unrealistischen Preisen angemietet oder gekauft werden. Und so mancher Verpächter von Grundstücken hat offensichtlich ab dem 10 fachen Pachtzins oder mehr auch kein Problem mehr damit, den Anliegern seines Grundstücks einen Wohncontainer für 100 Personen zuzumuten.
- Wir schaffen eilig Notunterkünfte für die Flüchtlinge. Niemand macht sich aber ernsthafte Gedanken darüber, wo denn der Teil der Flüchtlinge untergebracht werden soll, der langfristig in Bornheim bleiben darf. Bei derzeit 870 Flüchtlingen müssen mittelfristig ca. 290 Wohnungen errichtet werden. Bei geschätzten 100.000 €/Wohnung (Planung, Grundstückskauf, Baukosten etc.) sind das 29 Millionen €! Wer soll das denn bezahlen?
- Kritiker wurden vom Bürgermeister massiv unter Druck gesetzt. Sie wurden zur Abgabe einer Erklärung genötigt, auf der mit 2 Unterschriften bestätigt werden sollte, dass keine

nichtöffentlich eingestuften Informationen an Dritte weiter gegeben werden dürfen, bzw. solche Informationen im konkreten Fall auch nicht an die Presse weiter gegeben wurden. Diese Unterschriften wurden von den ABB-Mitgliedern verweigert! Auch einzelne Mitglieder anderer Fraktionen haben diese Unterschriften **nicht** geleistet. (*16)

Paul Breuer: „Wir haben sachlich, ausführlich und inhaltlich informiert und unsere Mitarbeit nicht verweigert. Die kritisch solidarische Begleitung des Themas habe der ABB heftige Kritik eingebracht. Diese Kritik sei selten sachlich sondern zunehmend persönlich bis beleidigend gewesen. Mangels Argumenten sei die ABB in die rechte Ecke gestellt worden. Die Entwicklung in Deutschland mit ihren negativen Auswirkungen auf Bornheim ist nun an einem Punkt angekommen, wo wir unsere bisherige kritisch solidarische Position in der Sache ernsthaft überdenken müssen.“

Heinrich Weiler (2. Vors. ABB): „Wir können nicht so weiter machen wie bisher. Das wäre unverantwortlich. Jetzt ist Schluss!“ Was hier in Bornheim im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik abläuft, können wir weder vor unseren Wählern und persönlich auch nicht mehr mit unserem Gewissen vereinbaren. “

Adelheid Wirtz: „Wir haben als Ratsmitglieder und sachkundige Bürger einen Eid abgelegt „Schaden von der Stadt Bornheim abzuwenden und die Gesetze einzuhalten.“ In der Flüchtlingsproblematik werden Gesetze gebrochen (z.B. [Konnexitätsprinzip](#), Schengen, Vergaberecht etc.) und es wird der Stadt Bornheim erheblicher finanzieller Schaden zugefügt weil die Zuschüsse von Bund und Land NRW nach wie vor mit 25 % nicht einmal annähernd kostendeckend sind. Die ABB trägt die oben kritisierte „Bornheimer Art der Lösungen“ nicht mehr mit. Es sind zu viele Menschen die in zu kurzer Zeit zu uns kommen. Wir schaffen es weder diese Menschen geordnet und menschenwürdig unterzubringen, ihnen die notwendige Integrationshilfe zu geben, geschweige denn das alles auch finanziell zu tragen. Wir können in Bornheim diesen Ansturm von Flüchtlingen und Wirtschaftsasylanten nicht mehr bewältigen.“

- Zu viele Zuweisungen von Flüchtlingen in zu kurzer Zeit führen zu einer Destabilisierung unserer Gesellschaft und zu einer Überlastung unserer Sozialsysteme ([Jahresdurchschnitt Arbeitslose](#) 2,79 Millionen; [Obdachlose](#) 335.000 Menschen im Jahr 2015; ca. 200.000 Personen [ohne Krankenversicherung](#)). Wir dürfen diese Probleme/Missstände doch nicht vergessen! Es wird auch zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt kommen, die sich in Lohndumping bei gleichzeitigem unterlaufen der gesetzlichen Mindestlöhne auswirken werden.
- Wir verlangen nach wie vor die 100 % Kostendeckung durch den Bund und das Land NRW. Das hat auf unser Drängen der Rat der Stadt Bornheim in einer Resolution einstimmig beschlossen. (*18)
- Wir verlangen schnellstmögliche Registrierung und eine konsequente zeitnahe Rückführung abgelehnter Flüchtlinge in ihre Heimatländer. (*19)
- Wir fordern die gesetzliche Trennung von Einwanderung (Einwanderungsgesetz) und Asyl. Wir fordern eine jährliche Obergrenze für Flüchtlinge und Zuwanderer.
- In den nichtöffentlichen Teilen der zuständigen Ausschüsse bzw. im Rat gibt es inzwischen auch NEIN-Stimmen und Enthaltungen aus anderen Fraktionen. Es wäre zu hoffen, dass sich jene Rats- und Ausschussmitglieder auch öffentlich kritisch äußern. Nur stiller Protest hilft nicht weiter!

Georg Horch (sachkundiger Bürger im Sozialausschuss): „Bis auf weiteres werden alle Mitglieder der ABB im Rat und in den Fachausschüssen zum Thema Flüchtlingsunterbringung, Grundstückskäufe, Mieten von Grundstücken und Wohnungen etc. konsequent mit NEIN stimmen.“

Die ABB bittet alle Bornheimer Bürgerinnen und Bürger sich an der öffentlichen Diskussion aktiv zu beteiligen und sich nicht durch den teilweise aggressiven Diskussionsstil einiger Befürworter „grundsätzlich offener Grenzen für alle“ einschüchtern zu lassen.

Die ABB weist auch auf die noch laufenden [Online-Abstimmung zur Flüchtlingsproblematik](#) auf

der Internetseite der ABB hin. (*20)

Bornheim, den 11. Februar 2016

Adelheid Wirtz, Paul Breuer, Georg Horch, Heinrich Weiler

PS: Die Querverweise möge man bitte auf der Internetseite der ABB nachlesen.

<http://www.aktivebuergerbornheim.de/2016/02/wir-sagen-nein-grundsatzerklaerung-der-abb-zur-fluechtlingspolitik-in-bornheim/>